



**Cem Özdemir**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Cem Özdemir, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Frau  
Marlene Mortler

Geschäftsstelle der Drogenbeauftragten der  
Bundesregierung  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin

**Bundestagsbüro**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
T +49 30 227-75070  
F +49 30 227-76069  
cem.oezdemir@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**  
Königstraße 78, 70173 Stuttgart  
T +49 711 65832900  
F +49 711 65832901  
cem.oezdemir.wk@bundestag.de

Berlin, den 01.06.2017

Sehr geehrte Frau Mortler,

seit knapp vier Jahren sind Sie verantwortlich für die Drogenpolitik dieser Bundesregierung. Das ist Anlass für eine Bilanz: Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist aus unserer Sicht krachend gescheitert. Es fehlen jegliche Impulse für eine grundlegende Reform der Drogenpolitik in Deutschland. Ja, es fehlt sogar der Wille, ehrlich der Frage nachzugehen, ob die heutige Drogenpolitik überhaupt ihre Ziele erreicht.

Dabei passiert um uns herum Erstaunliches: Im einstmaligen Mutterland der Prohibition, den USA, setzen immer mehr Bundesstaaten auf eine kontrollierte Abgabe von Cannabis. In den Niederlanden hat eine Parlamentskammer Erleichterungen für den Cannabisanbau beschlossen. Und vor wenigen Wochen hat sich in Kanada die dortige Regierung für den Weg der Entkriminalisierung entschieden. Diese begrüßenswerten Initiativen sind getragen von dem Ziel, die Gesundheit der Menschen zu verbessern und die gesellschaftlich schädliche Cannabiskriminalisierung zu beenden. Das sind aus unserer Sicht wichtige Ziele, denen auch Sie und die deutsche Drogenpolitik sich nicht länger verschließen sollten.

Der aktuellen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes zufolge wurden im Jahre 2016 rund 145.000 allgemeine Verstöße wegen Cannabis gezählt – also Verstöße der Konsumentinnen und Konsumenten. Das sind 80 Prozent aller Cannabisdelikte insgesamt und ein Anstieg um fast 50.000 seit 2010. Das bedeutet, dass die Polizei nicht etwa hauptsächlich gegen Dealer und die organisierte Kriminalität vorgeht, sondern mit wachsender Intensität vor allem gegen Konsumentinnen und Konsumenten.

Zugleich hat diese polizeiliche Verfolgung aber keinerlei Einfluss auf den tatsächlichen Gebrauch von Cannabis in unserem Land. Das zeigen die entsprechenden Zahlen auch aus Ihrem Hause sehr deutlich. Warum wird also weiter an einer offensichtlich wirkungslosen Politik festgehalten, die viele Polizistinnen und Polizisten dazu zwingt, Delikten nachzugehen, bei denen Strafverfolgung überhaupt nichts Positives bewirkt? Es muss endlich Schluss mit dieser ideologischen Drogenkriminalisierung sein, die qualifizierte Beamtinnen und Beamte daran hindert, Wohnungseinbrüche aufzuklären und für mehr Sicherheit zu sorgen.



Wir sind uns gewiss einig darin, dass Cannabis und andere Drogen nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen gehören. Niemand von uns möchte, dass auf Schulhöfen oder Spielplätzen Drogen verkauft werden. Deswegen fordern wir Sie auf: Schaffen Sie noch in diesem Jahr mit einem Cannabiskontrollgesetz die Möglichkeit zur kontrollierten und staatlich regulierten Abgabe von Cannabis an mündige Erwachsene. Das trocknet den Schwarzmarkt aus und stärkt den Jugendschutz. Die Präventionsarbeit muss ebenso weitergehen und intensiviert werden, analog zu den legalen Drogen. Gerade Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden.

Sehr geehrte Frau Mortler, es ist gut, dass die medizinische Verwendung von Cannabis deutlich erleichtert wurde. Bei dieser Initiative wurden ideologische Vorbehalte zugunsten einer am Menschen orientierten Politik überwunden. Auch in der Drogenpolitik wünsche ich mir eine solche Wende. Legen Sie die Scheuklappen endlich ab. Die Zeit dafür ist längst reif - auch in Deutschland.

Cem Özdemir